

für die Aufgabe der gesellschaftlichen Erziehung zu erweitern. Die Ständige Kommission wird mit diesen Aktivmitgliedern in regelmäßigen Abständen einen Erfahrungsaustausch über die in ihrem Betrieb angewandten Methoden der gesellschaftlichen Erziehung durchführen.

3. Die Arbeitsgemeinschaft ermöglicht es uns, die Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen zu koordinieren. Es soll eine Koordinierung und gegenseitige Information in bezug auf die Mitarbeit der Justizfunktionäre in den Aktiven der Ständigen Kommissionen sowie in bezug auf die Mitwirkung in den Ratssitzungen und Stadtverordnetenversammlungen erfolgen.

Die Richter, Staatsanwälte und Notare arbeiten in den wichtigsten ständigen Kommissionen der Stadtverordnetenversammlungen mit. Einmal im Monat — und außerdem bei auftretenden Schwerpunkten — erfolgt dann eine gegenseitige Information über die gesammelten und vermittelten Erfahrungen.

Wir planen, eine Jahresanalyse der Kriminalität auszuwerten, sie der Ständigen Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz zu unterbreiten und dieser vorzuschlagen, sie mit einem entsprechenden Maßnahmenplan zur Senkung der Kriminalität im I. Quartal 1960 der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Das soll im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Richterwahlen geschehen.

4. Weiterhin soll die Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat beitragen, der gemeinsamen Planung und Durchführung von Schulungen der Schöffen und Schiedsmänner dienen, mit dem Ziel, sie weitgehend in die gesellschaftliche Erziehungsarbeit einzubeziehen und sie zu Agitatoren der sozialistischen Umgestaltung zu machen.

Weitere Aufgaben der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft sind: die gemeinsame Vorbereitung der Richter- und Schöffenwahlen, die geplante und koordinierte Pressearbeit, die Durchführung eines gemeinsamen Erfahrungsaustausches und Leistungsvergleichs mit einem anderen Kreis, die sozialistische Hilfe, die Organisation und Durchführung eines Lehrgangs über Betriebswirtschaft für Richter, Staatsanwälte und Notare und die gemeinsame Übernahme und Durchführung einer Patenschaft über drei Brigaden eines Meisterbereichs, der um den Titel „Sozialistischer Meisterbereich“ kämpft.

Inzwischen sind wir bei der Erfüllung dieser letzten Aufgabe schon ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben mit einem Meisterbereich des RAW, der um den Titel „Sozialistischer Meisterbereich“ kämpft, einen Patenschaftsvertrag abgeschlossen. Wir haben uns verpflichtet, an den Partei- und Belegschaftsversammlungen sowie Produktionsberatungen des Bereichs teilzunehmen und die Mitglieder dieser Brigaden in der politischen Arbeit zu unterstützen. Ferner wollen wir in regelmäßigen Sprechstunden im Betrieb Rechtsauskünfte erteilen, mit den Brigademitgliedern Verfahren auswerten und sie zur Teilnahme an wichtigen Verfahren einladen. Schließlich werden wir den Konfliktkom-

missionen Hilfe und Anleitung bei der Lösung ihrer neuen Aufgaben geben.

Die Kollegen des Meisterbereichs verpflichteten sich, die Rechtsprechung unseres Gerichts aufmerksam zu verfolgen und den Justizfunktionären ihre Meinung darüber mitzuteilen, einen Kollegen als Kadernachwuchs für die Justiz, als Schöffen oder als Aktionsmitglied zu werben sowie einen Vertreter in die Konfliktkommission zu entsenden und diese bei der Verwirklichung ihrer Erziehungsfunktion zu unterstützen. Ferner wollen die Kollegen in Fällen von Störungen der Planerfüllung und des Produktionsablaufs dem Staatsanwalt und dem Gericht entsprechende Hinweise geben.

Die Patenschaftsarbeit hat inzwischen schon erste Ergebnisse gezeitigt. So hörten wir z. B. in einer Gewerkschaftsversammlung bittere Klagen über Gefahrenquellen am Arbeitsplatz der Frauen der Schweißbrigade. Schon am nächsten Tag waren wir mit dem Arbeitsschutzinspektor im Betrieb. Wir stellen fest, daß ein Auftrag des Sicherheitsinspektors zur Beseitigung des Mangels, der täglich einen schweren Unfall verursachen konnte, bereits 14 Tage im Schreibtisch eines Mitarbeiters der Abt. Technologie lag. Die Werkleitung erhielt daraufhin eine Auflage, den Mangel unverzüglich zu beseitigen.

Einen Fachvortrag über qualitätsgerechtes Schweißen haben wir durch einen Vortrag über die materielle und strafrechtliche Verantwortlichkeit im Falle fahrlässiger oder vorsätzlicher Nichtbeachtung der maßgeblichen Bestimmungen ergänzt. Damit haben wir gleich an Ort und Stelle vorgebeugt, daß es nicht zu Arbeitsrechtsstreitigkeiten oder gar Strafverfahren kommen muß.

Vor allem aber nützt uns selbst diese Patenschaft. Sie trägt dazu bei, unsere Verbindung zur Produktion und damit zur Arbeiterklasse ständig zu festigen, und versetzt uns in die Lage, unsere Aufgaben vom Standpunkt und im Interesse der Arbeiterklasse zu lösen.

Das wichtigste Prinzip unserer Arbeitsgemeinschaft ist die ständige gegenseitige Information, Hilfe und Unterstützung. Dadurch haben wir das Nebeneinander überwunden und die Kollektivität in unserer Arbeit entwickelt. Jetzt können wir unsere Kräfte rationeller einsetzen. Sp ist es z. B. nicht mehr notwendig, daß an allen Ratssitzungen, Beratungen usw. je ein Vertreter des Gerichts und der Staatsanwaltschaft teilnimmt. Die vorherige Beratung und nachfolgende Orientierung über den wichtigsten Inhalt solcher Sitzungen gewährleistet, daß die Gedanken und Vorschläge beider Dienststellen Beachtung finden und auch eine gemeinsame Auswertung gesichert ist. Nur durch diesen geplanten Einsatz unserer Kräfte war es uns möglich, den Teufelskreis des Treibenlassens von der Schreibtischarbeit zu durchbrechen.

*ILSE WARMUTH, Staatsanwalt des Kreises,
HANS NOTHNAGEL, Direktor des Kreisgerichts
Cottbus-Stadt*

Das Programm der Justizorgane des Kreises Marienberg für die Entwicklung zu sozialistischen Justizorganen

Angeregt durch die begeisterte Aufgabenstellung des Siebenjahrplanes, den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zum Siege zu führen, wollen die Justizorgane des Kreises Marienberg/Sa. eine entscheidende Wende in der Arbeit erzielen und die Erfüllung der gestellten Aufgaben bewußt und planmäßig unterstützen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist ein festes sozialistisches Kollektiv, ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller Justiz- und Strafverfolgungsorgane unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Mitarbeiter des Kreisgerichts, der Kreisstaatsanwaltschaft und des Staatlichen Notariats Marienberg beschlossen — entsprechend dem Vorbild der Brigaden

der sozialistischen Arbeit — ein Kollektiv der sozialistischen Arbeit zu schaffen.

Die Justizorgane des Kreises wollen bis zur Richterwahl den sozialistischen Arbeitsstil auf allen Gebieten, insbesondere in der Rechtsprechung, durchsetzen und durch parteiliche Entscheidungen unseren Arbeiter- und Bauern-Staat vor Angriffen schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Werktätigen umfassend in die gesamte Tätigkeit der Justizorgane einbezogen werden, damit sie sich wirkungsvoll an der Bekämpfung der Kriminalität und an der gesellschaftlichen Erziehung beteiligen können.

Die Mitarbeiter der Justizorgane wollen sich politisch und fachlich qualifizieren, verstärkt an der politischen Massenarbeit teilnehmen und eng mit den örtlichen